



# 2022/46 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2022/46/ein-abend-voller-hass>

**Demonstrationen und das Shoah-Gedenken am 9. November in Berlin**

## **Ein Abend voller Hass**

Von **Ralf Fischer**

**Am 84. Jahrestag der Reichspogromnacht fanden in Berlin diverse Demonstrationen statt. Während einige Hundert Antifaschistinnen und Antifaschisten der Opfer von Shoah und NS-Deutschland gedachten, machten andere sie verächtlich.**

Wie bereits in den vergangenen 32 Jahren demonstrierten im Gedenken an die Novemberpogrome von 1938 mehrere Hundert autonome Antifaschistinnen und Antifaschisten am 9. November durch den Bezirk Berlin-Mitte. Zu der Kundgebung am Mittwochabend der vorigen Woche unter dem Motto »Kein Vergeben – Kein Vergessen« vor dem Mahnmal Levetzowstraße und der anschließenden Demonstration durch den Stadtteil Moabit hatte ein antifaschistisches Bündnis aufgerufen. Am Auftaktort befand sich bis 1955 eine Synagoge, die Anfang des 20. Jahrhunderts nach den Plänen des Baumeisters der Jüdischen Gemeinde, dem Architekten Johann Hoeniger, errichtet und ab 1941 von der Gestapo genutzt wurde, um Jüdinnen und Juden vor ihrer Deportation an diesem Ort zu sammeln.

Nachdem die bei den Novemberpogromen und alliierten Luftangriffen beschädigte Synagoge abgerissen worden war, kaufte das Land Berlin das Grundstück und ließ einen Kinderspielplatz auf dem Gelände errichten. Erst 1960 brachte man eine Gedenktafel an, die an das Leid jener Jüdinnen und Juden erinnern sollte, die in die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert worden waren. Von diesem Ort aus wurden vom 18. Oktober 1941 bis zum 26. Oktober 1942 Jüdinnen und Juden zum Bahnhof Grunewald beziehungsweise dem Güterbahnhof Moabit gebracht, um dann mit Zügen in den Osten deportiert zu werden.

Die Anwohnerinnen aus den benachbarten Straßenzügen waren zumeist desinteressiert oder reagierten ablehnend auf die Gedenkveranstaltung in Berlin-Moabit.

Erst 1988 wurde der Entwurf für ein Mahnmal in der Levetzowstraße umgesetzt. Die Architekten Jürgen Wenzel und Theseus Bappert sowie der Bildhauer Peter Herbrich

gestalteten eine Nachbildung einer Deportationsrampe im Ensemble mit einem Güterwaggon. Die in Eisen geschnürten »Menschenpakete« sollen bildhaft die Entmenschlichung der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen darstellen. In eine Stahlwand wurden die Daten der Deportationen eingestanz.

Die diesjährige Erinnerung an die gewaltsame Verschleppung der Berliner Jüdinnen und Juden verlief wie in den Jahren zuvor. Die Anwohnerinnen aus den benachbarten Straßenzügen waren zumeist desinteressiert oder reagierten ablehnend auf die Gedenkveranstaltung, die rund 400 Teilnehmenden fanden kaum Beachtung. Am Rande der Route durch den Stadtteil Moabit kam es jedoch wiederholt zu Störversuchen. Neben »Scheiß Juden«- und »Free Palestine«-Rufen gab es Versuche, die Redebeiträge akustisch zu übertönen. Vereinzelt flogen auch Gegenstände wie Eier in die Demonstration.

Am Alexanderplatz in Berlin-Mitte versammelten sich am selben Abend rund 50 Personen aus dem verschwörungsgläubigen Milieu zu einem »Spaziergang« unter dem Motto: »Für Frieden, Freiheit, Souveränität und Selbstbestimmung«. Organisiert wurde die Demonstration von dem rechtslastigen »Freie Geister Kollektiv«, das zuletzt auch die sogenannten Montagsdemonstrationen in der Berlin organisierte. Die Gruppierung fiel der Plattform »Berlin gegen Nazis« zufolge in der Vergangenheit immer wieder durch »Feindmarkierungen« und mit einer »Strategie größtmöglicher Provokationen« auf.

Laut dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) bezeichnete ein Sprecher der Kundgebung die Impfungen gegen Sars-CoV-2 als »eines der größten Verbrechen in der Geschichte« – und das am 84. Jahrestag der Reichspogromnacht. Ein weiterer Redner habe betont, dass dieses »Datum ausschließlich den Mauerfall repräsentiere, eine andere Bedeutung gebe es für ihn nicht«, so das JFDA.

Die zivilgesellschaftliche Organisation berichtet darüber hinaus, dass auf der Veranstaltung Täter-Opfer-Umkehr betrieben und nach typisch rechtsextremer Manier der sogenannte Schuldskult kritisiert worden sei. Ein Redner habe sich beklagt, dass »unsere Kinder mit einem Schuldnerhemd durch die Gegend laufen, nur weil von oben gewollt wird, dass dieses Datum irgendeine andere Bedeutung hat«. Die von den Organisatoren angemeldete Route sollte eigentlich an einem jüdischen Gymnasium und dem Jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße vorbei verlaufen, wurde aber kurzfristig geändert. Am Rande der Demonstration kam es zu vereinzelt Gegenprotesten. Ein Blockadeversuch wurde von der Polizei aufgelöst.

Im weiter südlich gelegenen Bezirk Neukölln versammelten sich ebenfalls am Abend des 9. November rund 40 Personen zu einer Kundgebung unter dem Motto »Von Berlin bis nach Palästina: Hoch die internationale Solidarität«. Zu der Veranstaltung hatte die neu gegründete Gruppe Rote Blüte Palästina aufgerufen. Beworben wurde sie auch von den Organisationen Young Struggle Berlin und dem Samidoun-Netzwerk. Laut JFDA befanden sich unter den Teilnehmenden »mehrere bekannte Akteure des antizionistischen, propalästinensischen Milieus«. In Redebeiträgen sowie Sprechchören sei dem Staat Israel wiederholt das Existenzrecht abgesprochen worden. »Es handelt sich dabei in allen Fällen um bewusste Provokationen und mangelnde Empathie gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und der Shoah«, fasst JFDA die Geschehnisse in einer Stellungnahme

zusammen.

Man sei »fassungslos«, dass am Jahrestag der Novemberpogrome in der Bundeshauptstadt mehr oder weniger unwiderrprochen »antisemitische Hetze betrieben, Israel das Existenzrecht abgesprochen wird und Außenstehende den Teilnehmer:innen einer Gedenkfeier ›Scheiß Juden‹ zurufen«. Dies zeige, wie tief verankert antisemitische Ressentiments in Teilen der Gesellschaft seien.

© Jungle World Verlags GmbH